

Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 14 Datenschutz- Grundverordnung

Verfahren: Leistungen in der Jugendhilfe: Hilfe zur Erziehung, stationäre Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige

Verarbeitungstätigkeit: Erfassen, Bearbeiten, Speichern und Übermitteln von Personendaten

1. Verantwortlicher

Landkreis Harburg
Landrat Rainer Rempke
Schloßplatz 6 21423 Winsen (Luhe)
Telefonservice: 04171 693-0
Telefax: 04171 693-99100
E-Mail: buergerservice@lkharburg.de

2. Beauftragte für den Datenschutz

Frau K.-K. Meyer-Sievers
Schloßplatz 6
21423 Winsen (Luhe)
E-Mail: datenschutz@lkharburg.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Jugendamt nimmt Aufgaben der Jugendhilfe wahr. Die Jugendhilfe umfasst Leistungen und andere Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien. Diese Aufgaben sind in § 2 des achten Sozialgesetzbuches detailliert aufgelistet.

Personensorgeberechtigte haben bei der Erziehung eines Kindes oder Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des / der Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe geeignet und notwendig ist.

Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilnahme am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Für die Leistungen der Hilfen zur Erziehung und der Hilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche mit den dazugehörigen ergänzenden Leistungen (§§ 27 ff., §§ 35a bis 37, 39, 40 SGB VIII) und Leistungen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) werden Daten verarbeitet.

Rechtsgrundlage für die Datenerhebung ist Art. 6 Abs. 1 lit. c und e und Art. 9 DSGVO, i.V.m. § 3 Satz 1 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG) und i.V.m. §§ 27 ff. SGB VIII.

Zur pädagogischen Einschätzung und Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen der Leistungen sind folgende Tätigkeiten durchzuführen:

- Gespräche mit den Leistungsberechtigten
- Gegebenenfalls Gespräche mit Dritten wie Lehrende, Erziehende, Ärzte usw.
- Erstellen des Hilfeplanes in schriftlicher Form
- Beratung in der Erziehungskonferenz zur Einschätzung der Anspruchsvoraussetzungen und der passenden Hilfe
- Gegebenenfalls Grundlagen prüfen wie z. B. Gutachten
- Durchführen von Hilfeplankonferenzen
- Zielvereinbarungsgespräche
- Eingabe der Daten zur Qualitätsentwicklung

Zur Aufgabenwahrnehmung werden folgende Daten erhoben:

- Namen
- Adressen
- Geburtsdaten
- Familienstand etc.
- Religionszugehörigkeit?
- E-Mail-Adressen
- Telefonnummern
- Kontodaten
- Fallspezifische Daten zur Situation der Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen, Familien und deren Umfeld soweit sie für die Bewertung / Beurteilung zur Einschätzung und Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen für die Leistung erforderlich sind
- Gegebenenfalls Erkrankungen, Behinderungen, Gutachten, Stellungnahmen

Zur Wahrnehmung der Aufgaben des Pflegedienstes werden zusätzlich folgende Daten erhoben:

- Daten zur Eignungsprüfung von Bewerberfamilien

Wenn der / die Betroffene Daten im Rahmen der Schweigepflicht dem / der Mitarbeitenden anvertraut, sind diese nach § 65 SGB VIII nur mit Einwilligung des Betroffenen an die wirtschaftliche Jugendhilfe weiterzugeben.

Rechtsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung der erforderlichen personenbezogenen Daten im Rahmen der Jugendhilfe sind die datenschutzrechtlichen Vorschriften des achten Sozialgesetzbuches (§§ 61 – 68 SGB VIII). Die Daten werden beim Betroffenen erhoben. Die Betroffenen werden im jeweiligen Aufgabenbereich über die Zweckbestimmung der Erhebung und Verwendung ihrer Daten detailliert aufgeklärt, soweit diese nicht offenkundig ist.

Ohne eine Mitwirkung der Betroffenen werden Daten nur erhoben, wenn die Voraussetzungen des § 62 Abs. 3 und 4 SGB VIII erfüllt sind.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Eine Weitergabe der Daten erfolgt an beauftragte Dritte, die die Hilfe durchführen und im Rahmen von berechtigtem Verlangen auf Akteneinsicht oder im Klageverfahren an die Gerichtsbarkeit. Daten werden ohne Zustimmung des Leistungsberechtigten nicht weitergegeben mit Ausnahme einer drohenden Kindeswohlgefährdung nach § 8a Absatz 4 SGB VIII.

Eine Weitergabe der Daten erfolgt ferner an die wirtschaftliche Jugendhilfe als mit dem Sozialen Dienst gemeinsam verantwortlicher Stelle nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO. Weitere Rechtsgrundlagen hierfür sind Art. 6 Abs.1 lit. e), Abs. 3 lit. b) und Art. 9 DSGVO in Verbindung mit §§ 67 b Abs. 1 Satz 1, 67c Abs. 1 Satz 1 SGB X in Verbindung mit §§ 61, 64 SGB VIII.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Wege der Amtshilfe ggf. weitergegeben an:

- andere Behörden
- Sozialversicherungsträger
- Arbeitgeber
- Freie und öffentliche Träger der Hilfedurchführung
- Gerichte
- Beauftragte Rechtsanwälte

Entsprechend des Neunten Kapitels des SGB VIII werden zum Zwecke der Erstellung der Kinder- und Jugendhilfestatistik Daten anonymisiert für die Bundesstatistik an das statistische Landesamt weitergeleitet.

5. **Übermittlung an Drittland**

Eine Übermittlung an Drittländer findet nicht statt.

6. **Dauer der Speicherung**

Die personenbezogenen Daten werden gelöscht, wenn sie für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden und rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind.

Es gelten folgende Aufbewahrungsfristen:

- 10 Jahre für Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe
- 20 Jahre nach Volljährigkeit bei Kindesmissbrauch
- 30 Jahre nach Beendigung des Pflegeverhältnisses bei Pflegekindern
- 1 Jahr Beratungsunterlagen (formlose Betreuung)

7. **Betroffenenrechte**

Als betroffene Person sind insbesondere folgende nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte eingeräumt:

- Recht auf **Auskunft** über die zu der Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu der Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt u.a. davon ab, ob die für die Person betreffenden Daten noch zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben benötigt werden.

Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und diese deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen für die Zukunft, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Zur Aufklärung Ihrer Mitwirkungspflichten s. Anlage.

9. Beschwerderecht

Als betroffene Person besteht außerdem das Recht auf Beschwerde bei der

Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon: 0511 12-4500

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

wenn die Person der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.